



HESSISCHER LANDTAG

03. 07. 2020

Kleine Anfrage

Yanki Pürsün (Freie Demokraten) vom 22.05.2020

Nordmazedonien und lange Wege in Deutschland

und

Antwort

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund

Vorbemerkung Fragesteller:

Um den Namen der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien entbrannte ein jahrzehntelanger Namensstreit mit Griechenland. Der Namensstreit führte auch zur Änderung der Verfassung, der Flagge und Umbenennung des Flughafens der Hauptstadt. Dieser Namensstreit wurde durch eine mutige Einigung beendet, verhandelt durch den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Nordmazedoniens und den (ex-) kommunistischen Ministerpräsidenten Griechenlands. Beide wurden 2019 mit dem Ewald-von-Kleist-Preis ausgezeichnet. Ihre Vorgänger hatten es bevorzugt, Populismus zu predigen und den Balkan zu destabilisieren. Die Beilegung des Namensstreits war erst denkbar, als die Vorgängerregierung in Mazedonien nicht mehr im Amt war. Der frühere Ministerpräsident musste nach einem Abhörskandal 2016 zurücktreten. 2017 stürmten noch Anhänger seiner Partei (assoziiertes Mitglied der Europäischen Volkspartei) das Parlament, um Vertreter der neuen Mehrheit schwer zu verletzen. Seine Haftstrafe hat er nicht angetreten. Ihm wurde die Anstiftung zur geheimen Anschaffung eines 580.000 € teuren Dienstwagens vorgeworfen, den er wohl für eigene Zwecke nutzen wollte. Im November 2018 floh er anscheinend mit geheimer Hilfe Ungarns aus Nordmazedonien, wo er bei Viktor Orban (auch Europäische Volkspartei) Asyl beantragen konnte. Das scheint der Landesregierung lange entgangen zu sein. Seit dem 12. Februar 2019 ist der Name Nordmazedonien nun der offizielle. Trotzdem verwendet die Landesregierung teilweise immer noch weiter die Bezeichnung Mazedonien.

Vorbemerkung Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund:

Das mazedonische Parlament in Skopje hat am 11. Januar 2019 einer Umbenennung des Landes in „Republik Nordmazedonien“ zugestimmt. Die Regierung in Skopje informierte die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen am 12. Februar 2019 über den Namenswechsel. Seit diesem Zeitpunkt ist „Republik Nordmazedonien“ bzw. „Nordmazedonien“ die neue gültige Staatsbezeichnung des bis dahin als „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ bezeichneten Landes. Der Wechsel der Staatsbezeichnung lässt völkerrechtliche Rechte und Verpflichtungen des Landes unberührt. Die Landessprache wird weiterhin als Mazedonisch bezeichnet, die Staatsbürgerschaft als „mazedonisch“ bzw. „Bürgerin oder Bürger der Republik Nordmazedonien“.

Mit Schreiben vom 17. Mai 2019 erhielten die Mitglieder des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates Hinweise des Auswärtigen Amtes zur neuen Staatsbezeichnung Nordmazedonien.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Welche Zwischenschritte sind notwendig, damit die Landesregierung die durch die Bundesregierung anerkannte Neuausrufung oder Umbenennung eines Staates zur Kenntnis nimmt?
- Frage 2. Sind die dabei genutzten technischen Hilfsmittel langsamer als das Postbotensystem Alexander des Großen von Makedonien?
- Frage 3. Warum hat die Landesregierung nicht unmittelbar die neue Bezeichnung Nordmazedonien übernommen?

Die Fragen 1 bis 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Hessische Landesregierung hat die Namensänderung in „Nordmazedonien“ zur Kenntnis genommen und die neue Namensbezeichnung übernommen. Die in der Vorbemerkung genannten Hinweise des Auswärtigen Amtes werden entsprechend beachtet und umgesetzt.

Sofern sich nach dem 12. Februar 2019 in öffentlich zugänglichen Verzeichnissen oder Publikationen der Landesverwaltung noch die alte Bezeichnung „Mazedonien“ finden sollte, werden diese aktualisiert.

Wiesbaden, 3. Juli 2020

Lucia Puttrich